



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 30. Ratssitzung vom 16. Dezember 2022

1145. 2022/438

Weisung vom 14.09.2022:

**Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2023 (Detailbudgets und Globalbudgets),
Kapitalaufnahmen 2023**

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 29, Beschluss-Nr. 1145/2022).

Beschlüsse:

Antrag 049.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Dr. Balz Bürgisser (Grüne): Seit Juli 2022 testet Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ) den Betrieb eines mobilen Recyclinghofs in vier Quartieren. Vor Ort können ausgediente Möbel, Elektrogeräte, Metall und anderes Sperrgut zur sachgerechten Entsorgung abgegeben werden. Die Anlieferung erfolgt umwelt- und klimafreundlich: Zu Fuss, mit dem öffentlichen Verkehr (ÖV), mit einem Transporter oder einem Lastenvelo. Ein Tauschplatz, wo die Bevölkerung gebrauchte, aber intakte Gegenstände abgeben und gratis mitnehmen kann, ist in den mobilen Recyclinghof integriert. Die Gegenstände, die gebracht, aber nicht abgeholt werden, werden von ERZ eingelagert und in einem anderen Quartier zum Abholen angeboten. So ist gewährleistet, dass noch brauchbare Dinge weiterverwendet werden. Das ist im Sinne unserer Klimaziele. Damit wird die kantonale Kreislaufinitiative und ihr Gegenvorschlag umgesetzt, der am 25. September 2022 vom Volk mit überwältigender Mehrheit angenommen wurde. Folgendes lässt sich nach 6 Monaten über den Recyclinghof sagen: Das Pilotprojekt stösst in den betroffenen Quartieren auf grossen Anklang. Es gibt noch Optimierungsmöglichkeiten. Bei dieser Ausgangslage sollte das sinnvolle Projekt nicht eingestellt, sondern weitergeführt werden. Gewisse Anpassungen sind möglich. So können wertvolle Erfahrungen für eine allfällig flächendeckende Einführung von mobilen Recyclinghöfen gesammelt werden.

Johann Widmer (SVP): Für das Projekt «Mobiler Recyclinghof im Quartier» sollen 300 000 Franken mehr eingestellt werden. Eine Minderheit möchte mit dem Stadtrat auf eine Verschlechterung des Budgets verzichten.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.



STR Simone Brander: *Es freut mich, dass das Projekt unterstützt wird und der Gemeinderat weitere 300 000 Franken dafür bewilligen will. Die mobilen Recyclinghöfe, die das ERZ von Juli bis Dezember 2022 als Pilotprojekt betrieben hat, treffen den Nerv der Zeit und wurden sehr positiv aufgenommen. Insbesondere der Tauschplatz stillte ein grosses Bedürfnis. Es wurden auch viele unbrauchbare Dinge abgegeben. Total hat das ERZ in der Pilotphase 73 Tonnen Material gesammelt. Die Pilotphase wird mit einem Bericht ausgewertet, woraufhin ein Projekt ausgearbeitet werden soll. Das Ziel ist es, die mobilen Recyclinghöfe auf Dauer anbieten zu können, um die Fahrtenzahl zu den fixen Recyclinghöfen zu senken. Mittelfristig sollen das Cargo-Tram und das E-Tram abgelöst werden. Obwohl der Schlussbericht noch nicht fertiggestellt ist, gibt es bereits Stimmen aus Bevölkerung und Gemeinderat, die eine Fortsetzung des Angebots wünschen. Leider ist eine Fortsetzung des Versuchsbetriebs ohne einen kleinen Unterbruch nicht möglich. Die Hauptprobleme sind die Standortbewilligungen und die Ressourcen für die Projektierung und den Betrieb. Das ERZ kann den beliebten Tauschplatz trotzdem bereits im Januar 2023 an den 11 Stationen des Cargo-Trams oder des E-Trams weiterführen. Dank den Mitteln, die die Mehrheit des Gemeinderats dem ERZ zusätzlich geben will, könnten voraussichtlich im Mai 2023 zwei der vier bisherigen Standorte als befristeter Versuch weitergeführt werden. Anschliessend müsste mit Nachtragskrediten und befristeten Stellen gearbeitet werden, um das Angebot aufrechtzuerhalten, bis das ordentliche Projekt umgesetzt wird. Bestenfalls werden die 11 Tramstandorte ab dem Jahr 2025 schrittweise durch neue Standorte für mobile Recyclingorte abgelöst.*

S. 296	35 3550 3130 00 000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Abfall Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
049.	Antrag Stadtrat				15 094 200 1 452 300 N	Minderheit Johann Widmer (SVP) Referent, Përparim Avdili (FDP), Cathrine Pauli (FDP)
				300 000	16 846 500	Mehrheit Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
			Begründung: Fortführung des Pilotprojekts «mobiler Recyclinghof im Quartier»			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 83 gegen 28 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.



Gemeinsame Behandlung der Anträge 050. und 051. (Postulat GR Nr. 2022/620).

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Beat Oberholzer (GLP) begründet den Antrag der Minderheit und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1060/2022): Wir wunderten uns über den hohen Betrag von 350 000 Franken für die Weiterentwicklung der Entsorgungs-App, der sich auf diesem Konto befindet. Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ) stellte schon sehr früh über eine «Open Source»-Schnittstelle der Stadt Daten zur Verfügung, die für die Erstellung einer privaten App genutzt wurden. Daraufhin lancierte ERZ eine Konkurrenz-App, die die andere App verdrängte. Deshalb fragen wir uns, wieso für deren Neuentwicklung 350 000 Franken eingestellt werden sollen. Die Stadt stellt die Daten über «Open Data» zur Verfügung, was die Entwicklung der App vereinfacht. Die App soll nicht intern, sondern ausgeschrieben weiterentwickelt werden. Uns ist unklar, wie viel und ob die Entwicklung auf diese Weise günstiger wird. Deswegen belassen wir die Verbesserung bei symbolischen 100 Franken. Der Rest steht im Begleitpostulat.

Florian Utz (SP): Dieser Antrag greift ins operative Geschäft ein. Die Mehrheit hat Vertrauen in die neue Führung des ERZ. Dieses Vertrauen ist nicht unerschütterlich, doch erst braucht es Zahlen und Fakten. Davon wurde wenig gesagt und es wurde auch nicht erläutert, wie viel günstiger die App-Entwicklung durch den Antrag wird.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Simone Brander: Die Entsorgungs-App des ERZ existiert seit dem Jahr 2014 und wurde seither fast 250 000-mal installiert. Sie basiert auf einer privaten Ursprungsvariante, die vom ERZ in eine stabile Version überführt wurde. In der App sind alle Entsorgungsinformationen der Stadt Zürich verfügbar. Für ERZ ist die App praktisch, da Änderungen der Entsorgungstermine jederzeit angepasst werden können. Auch Push-Meldungen sind bei Abfuhr-Ausfällen oder einem Brand möglich. Die Postulanten wünschen, dass die App zukünftig von Privaten erstellt wird. Aus unserer Sicht ist dieses Anliegen erfüllt. Die Daten werden auf dem Datenportal zur freien Verfügung angeboten. Das ERZ entwickelte die App über die Jahre nicht gross weiter, sondern passte nur das Nötigste an. Private hätten die Gelegenheit gehabt, hier zum Zug zu kommen. Die ERZ-App braucht eine Generalüberholung, daher nahm das ERZ eine Weiterentwicklung in Angriff. Die App wird nicht aus Selbstzweck weiterentwickelt, sondern weil das ERZ einen gesetzlichen Informationsauftrag hat. Dass die Informationsverbreitung auch über einen digitalen Kanal erfolgt, ist ein klarer Auftrag der städtischen Kommunikationsleitlinien. Die Arbeiten für die neue App sind folgendermassen aufgeteilt: Das Konzept und die Spezifikationen hat ERZ intern erarbeitet. Das ist der effizienteste und kostengünstigste Weg, da das ERZ die App am besten kennt. Die Serverinfrastruktur und das Data-Hosting sind ebenfalls stadintern, was nicht unbedingt so bleiben muss. Die Programmierung der App findet bei einer externen Firma statt, da das ERZ nicht über das entsprechende Know-how verfügt. In der neuen App bleiben die bisherigen Basisfunktionen



erhalten. Neu wird unter anderem eine GPS-Ortung eingebaut und mit dem Stadtplan verlinkt, auf dem die Entsorgungsstellen zu finden sind. Zukünftig werden Informationen zur Abfallvermeidung und zum korrekten Entsorgen zu finden sein. Geplant ist, dass direkte Fragen ans Servicecenter gestellt werden können. Auch in Bezug auf Datensicherheit wird die App auf den neusten Stand gebracht. Schlussendlich hat niemand die öffentlich zugänglichen Daten genutzt, um eine Entsorgungs-App zu programmieren. Das Vorgehen von ERZ zur Auftragsvergabe ist inhaltlich das Zielführendste und Kostengünstigste, deswegen lehnt der Stadtrat das Postulat ab.

S. 299	35 3550 500030 5200 00 000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Abfall Anschaffung Software Software				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
050.	Antrag Stadtrat				795 000	Mehrheit
			100		794 900	Minderheit
						Enthaltung
						Walter Angst (AL)
			Begründung:	Statt einer Eigenentwicklung sollen eine Ausschreibung stattfinden und für den Datenbezug Opendata verwendet werden.		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 51 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 052.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Markus Knauss (Grüne): *Wie wichtig Bäume in der Stadt sind, ist bekannt. Sie wirken sich positiv auf die Bevölkerungsgesundheit aus, wirken der Bildung von Hitzeinseln entgegen, sind wertvolle Lebensräume für Tiere und Pflanzen und fördern Biodiversität und Artenvielfalt. Sie filtern die Luft, mindern Lärmemissionen und sind schön. Sie sind eine Art Perpetuum Mobile einer Stadt, die sich der Verdichtung verschrieben hat. Der Stadtrat hat am 3. November 2021 einen Kredit in eigener Kompetenz beschlossen, dass in 2 Jahren 1200 neue Bäume gepflanzt werden sollen. Im Jahr 2022 wurde das Anliegen umgesetzt; für das Jahr 2023 wurde es sistiert, weil man auf eine neue Finanzierungsschiene wartet. Es braucht Zeit, bis neue Finanzierungsinstrumente gesprochen*



sind. Wir sind der Meinung, dass auch im Jahr 2023 600 zusätzliche Bäume gepflanzt werden sollen. Daher sollen 915 000 Franken mehr im Budget eingestellt werden.

Johann Widmer (SVP): Wir möchten auf die zusätzlich eingestellten 915 000 Franken verzichten. Diese Menge an Bäumen muss erst einmal gepflanzt werden, was nicht überall möglich ist, weil auf die unterirdische Stadtinfrastruktur Rücksicht genommen werden muss. Wir sind der Meinung, dass der Stadtrat bereits überall dort Bäume pflanzt, wo es möglich ist.

S. 103	35 3570 PG 1	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Grün Stadt Zürich Park- und Grünanlagen				
			Verbesserung	Verschlechte- rung	Betrag	Stimmen
052.	Antrag Stadtrat				54 634 600	Minderheit
				915 000	55 549 600	Mehrheit
						Johann Widmer (SVP) Referent, Përparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Cathrine Pauli (FDP) Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Präsi- dent Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
			Begründung: Weiterführung Programm «Baumpflanzungen zur Minderung des Klimawandels» bis Rahmenkredit Stadtgrün in Anwendung			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. A Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 38 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 053. Und 054. (Postulat GR Nr. 2022/617).

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Lisa Diggelmann (SP) begründet den Antrag der Mehrheit und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1057/2022): Die SP-Fraktion stellt den Antrag für die Erhöhung des Budgets von 400 000 Franken bei Grün Stadt Zürich (GSZ) für PG 1 «Park- und Grünanlagen». Mit diesem Betrag sollen die Rasenfelder bei Schulen intensiver unterhalten werden, damit eine möglichst hohe Auslastung möglich wird. In diesem Zusammenhang haben wir das Begleitpostulat GR Nr. 2022/617 eingereicht, das GSZ zusätzlich auffordert, bauliche Massnahmen bei den einzelnen Schulrasenfeldern zu prüfen und wenn nötig



umzusetzen. Das Bedürfnis der Sportvereine nach mehr Kapazität wird immer grösser und auch der nicht-organisierte Sport soll in der Stadt Zürich niemandem vorenthalten bleiben. Viele Fussballvereine führen seit längerem Wartelisten und können nicht alle Kinder aufnehmen. Auch der Frauenfussball hat Mühe, sich einerseits bei bestehenden Vereinen den nötigen Platz zu verschaffen und andererseits Trainings- und Spieleinheiten auf den Hauptspielfeldern zu bekommen. Zum Thema Fussball wurden bereits verschiedene Vorstösse eingereicht, weil das Bedürfnis nach mehr Platz extrem gross ist. In einer wachsenden Stadt muss auch Platz für Sport geschaffen werden. Wie wir wissen, ist der Platz begrenzt und verschiedene Bedürfnisse müssen sich den Raum teilen. Es ist umso wichtiger, dass der bestehende Raum möglichst gut ausgelastet werden kann. Die Schulrasenfelder konnten in der Vergangenheit aus personellen und finanziellen Mitteln nicht intensiv genutzt werden. Während der Budgetberatung wurde uns mitgeteilt, dass bei den Schulrasenfeldern jeweils überprüft werden muss, ob bauliche Massnahmen nötig sind. Damit ist der Rasenaufbau der Schulrasenfelder gemeint. Sollten bei der Umsetzung dieses Begleitpostulats zusätzliche finanzielle oder personelle Mittel nötig sein, werden sie mittels Nachtragskredit beantragt.

Felix Moser (Grüne) begründet den Antrag der Minderheit und stellt namens der Grüne-Fraktion den Ablehnungsantrag zum Postulat und begründet diesen: Wir halten diesen Antrag aus mehreren Gründen für falsch. Die Schulrasenfelder werden bereits genutzt, insbesondere von Schülern für den Sportunterricht und in der Pause. Zudem sind die Schulrasenfelder willkommene Freiräume für die anwohnende Bevölkerung. Wenn an Wochenenden oder Abenden Vereine dort Fussball spielen dürfen, ist ein Nutzungskonflikt mit der Quartierbevölkerung unvermeidlich. Für uns Grüne ist klar, dass Freiräume und Spielwiesen in der schulfreien Zeit in erster Linie für die Quartierbevölkerung vorgesehen sein sollen und nicht für Sportvereine. Der zweite Grund für die Ablehnung ist, dass bei den meisten Schulrasen für eine intensivere Nutzung bauliche Massnahmen nötig sind. Das vermindert die Biodiversität. Da wir wissen, dass die Temperaturen in den nächsten Jahren tendenziell zunehmen und die Rasen im Sommer noch mehr austrocknen werden, werden diese durch Drainagen bewässert werden müssen. Diesen Kreislauf unterstützen wir nicht. Uns genügen Rasenfelder, die nicht intensiv genutzt werden, aber für die Quartierbevölkerung nutzbar und ökologisch sinnvoll sind.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): Bei der Schulanlage Buhnrain als Beispiel hat es unter der Wiese eine Zivilschutzanlage. Wie da eine Drainageleitung die Biodiversität schädigen soll, ist mir schleierhaft. Aktuell ist diese Wiese gesperrt, da sie wegen Übernutzung nach den ersten Schneefällen geschont werden muss. Die Wiese steht der Bevölkerung mehr zur Verfügung, wenn sie so unterhalten wird, dass sie tatsächlich nutzbar ist auch wenn es mal geschneit hat.

Christian Traber (Die Mitte): Die Mitte/EVP-Fraktion ist in der Enthaltung. Grundsätzlich sind wir uns des Anliegens der Sportvereine bewusst, aber das ist nur ein Blickwinkel. Der im Antrag geforderte Betrag deckt nur einen Teil des Problems ab und reicht bei



Weitem nicht aus. Das Postulat führt zur Überprüfung, welche Plätze für solche Situationen überhaupt genutzt werden können. Ein weiterer Einwand ist, dass die trainierenden Teams womöglich Infrastrukturen wie Garderoben oder Parkplätze für ihr Training in der Nähe des Rasens benötigen. Diese praktischen Dimensionen müssen bedacht werden, wenn Rasenflächen auf diese Weise genutzt werden sollen.

Cathrine Pauli (FDP): *Ich möchte auf das Votum von Felix Moser (Grüne) antworten. Ich bin beim FC Unterstrass involviert, von dem wir wegen Platzengpässen kontaktiert wurden. Sie wünschten sich eine ungenutzte, schlecht unterhaltene Wiese. Viele Vereine versuchen, die Jugend, besonders Mädchen, zu fördern und stossen dabei an die Kapazitätsgrenzen ihrer Plätze. Dieser Vorstoss ist eine Möglichkeit, mehr Angebot mit weniger Wartelisten zu schaffen. Das führt zwar zu intensiverer Nutzung, doch es geht um mehrere Stunden Training pro Tag. Die Fussballclubs trainieren mehrheitlich von Montag bis Freitag, jedoch nicht am Wochenende. Darum kann ich der Argumentation der Grünen nicht folgen. Von uns mit der SP wurde das für den FC Unterstrass konkretere Postulat GR Nr. 2022/511 eingereicht, worin die Forderung an einem Beispiel dargestellt wird.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Simone Brander: *Eine intensivere Nutzung der 52 Schulrasenfelder in der nächsten Saison kann mit verstärkten betrieblichen Pflegemassnahmen erreicht werden. Für diese sollen gemäss Antrag 400 000 Franken zusätzlich eingestellt werden. Für eine längerfristige intensive Nutzung reicht das nicht. Dafür braucht es bauliche Massnahmen, was heisst, dass diese Schulfelder einzeln analysiert werden müssen, um für jedes Feld die richtigen Massnahmen festlegen zu können. Aus dieser Analyse können die Massnahmen für ähnliche Projekte zusammengefasst werden. Daraus folgen Ausschreibungen, Vergaben und die eigentlichen Bauarbeiten. Der Aufwand ist nicht zu unterschätzen. GSZ hat aktuell nicht die personellen Ressourcen, um sich der Projekte anzunehmen. Im Jahr 2023 kann GSZ zwar mit der Analyse der Schulfelder beginnen, doch für die weitere Bearbeitung braucht es eine Projektleitung für Projektierung und Bau und eine weitere zur Unterstützung im Bereich Sport- und Badeanlagen. Mit diesen zusätzlichen personellen Mitteln ist GSZ überzeugt, dass eine nachhaltigere, intensivere Nutzung der Schulrasensportfelder erreicht werden kann. Wann das der Fall sein wird, ist aktuell nicht abschätzbar.*

S. 103	35 3570 PG 1	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Grün Stadt Zürich Park- und Grünanlagen	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
053.	Antrag Stadtrat				54 634 600 Minderheit	Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Walter Angst (AL), Johann Widmer (SVP)



400 000	55 034 600	Mehrheit	Lisa Diggelmann (SP) Referentin, Präsident Florian Utz (SP), Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Cathrine Pauli (FDP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
		Enthaltung	Markus Haselbach (Die Mitte)

Begründung: Intensivierung der Pflege für die 52 Schulrasenfelder, damit eine intensivere Nutzung durch die Sportvereine möglich ist.

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 89 gegen 26 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

HOCHBAUDEPARTEMENT

Antrag 055.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Dr. Florian Blättler (SP): Am 7. September 2022 überwies der Gemeinderat das Postulat GR Nr. 2022/317, das fordert, dass in Zukunft besonders keine digitalen Werbeanlagen mehr bewilligt werden sollen. In diesem Antrag geht es darum, die neuen digitalen Werbeanlagen aus dem Budget zu streichen.

Cathrine Pauli (FDP): Die Minderheit findet den Antrag scheinheilig. Der Bau von digitalen Werbeanlagen soll an manchen Orten bewilligt, aber an anderen gestrichen werden. Die Diskussion ist ein gutes Beispiel dafür, wie der Service Public erhöht werden kann und Informationen näher an die Bevölkerung gebracht werden können, ohne dass die Stadt dafür bezahlt. Der Ausbau der digitalen Werbeanlagen wird über lange Zeit und vorausschauend geplant und nach Standardprozessen abgewickelt. Die Werbeanlagen wurden von den zuständigen Departementen entwickelt. Im Vordergrund steht die Verträglichkeit mit dem Ort und der städtebaulichen Qualität. Sie rentieren, da die Stadt an den Konzessionen verdient. Mit diesem Antrag verliert die Stadt knapp 400 000 Franken an Konzessionen. Das ist unlogisch. Die Minderheit von FDP, GLP, Die Mitte/EVP und SVP unterstützt die Bemühungen des Stadtrats, analoge Werbeflächen zu interaktiven und breit einsetzbaren Werbeanlagen umzufunktionieren.



9 / 35

S. 326	40 4015 500004 5030 00 000	HOCHBAUDEPARTEMENT Amt für Städtebau Übrige Tiefbauten Übrige Tiefbauten	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
055.	Antrag Stadtrat				860 000	Minderheit Cathrine Pauli (FDP) Referentin, Pérparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)
			70 000		790 000	Mehrheit Dr. Florian Blättler (SP) Referent, Präsident Florian Utz (SP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Lisa Diggelmann (SP), Alan David Sangines (SP)
			Begründung: Verzicht auf den Ausbau der digitalen Werbeanlagen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 64 gegen 52 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 056.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Flurin Capaul (FDP): Es geht um die Anzahl Arbeitsplätze, Stellenwerte und Mitarbeitende. Es braucht nicht für jede Stelle einen Arbeitsplatz. Heute ist es normal, dass ein Stellenwert etwa 0,8 Arbeitsplätzen entspricht. Bei der geforderten Erhöhung um 20 Mitarbeitende werden für die gesamthaft 220 Mitarbeiter 207 Arbeitsplätze gefordert. Das entspricht 190 Stellenwerten. Die momentan 188 Stellenwerte für 198 Arbeitsplätze müssen also für die Erhöhung reichen.

Dr. Florian Blättler (SP): Ob «Desksharing» sinnvoll ist oder nicht, ist fraglich. Jetzt, zwei Jahre vor dem Umzug des Amtes für Hochbauten (AHB) ins Walche-Gebäude, wo «Desksharing» eingeführt wird, «Desksharing» zu fordern, ergibt keinen Sinn. Für eine absehbare Zeit würden Umstellungen und Umbauten während des laufenden Betriebs des AHB anfallen und Kosten entstehen, die die Einsparnisse bei Weitem übertreffen. Dieser Sparantrag generiert Mehrkosten und sollte der Ausgabenbremse unterliegen.

Weitere Wortmeldung:

Flurin Capaul (SP): Seid ehrlich, ihr wollt einfach nicht. Wenn man will, wäre eine Umsetzung problemlos möglich. Das zeigen Firmen jeden Tag.



10 / 35

S. 329	40 4020 3920 00 000	HOCHBAUDEPARTEMENT Amt für Hochbauten Interne Verrechnung von Pacht, Mieten, Benützungskosten				
			Verbesserung	Verschlechte- rung	Betrag	Stimmen
056.	Antrag Stadtrat				2 042 400	Mehrheit
			103 100		1 939 300	Minderheit
		Begründung:	Die geplanten 188,4 Stellen für 2023 sind immer noch tiefer als die 198 vorhandenen Arbeitsplätze. Der Bund empfiehlt 0,8 Arbeitsplätze pro Stelle, was rund 151 Arbeitsplätzen entsprechen würde. Das AHB kann durch eine bessere Organisation ohne Komfortverlust auf diese Ausgaben verzichten.			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 52 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 057.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Flurin Capaul (FDP): Es geht um die Kontrollen von Liftanlagen. Winterthur als gutes Vergleichsbeispiel hat einen Drittel der Anlagen der Stadt Zürich. Sie führen diese Kontrollen mit bedeutend weniger Leuten auf gleichem Niveau durch. Für Liftkontrollen in Zürich braucht es nicht mehr Personal, sondern eine bessere Organisation.

Dr. Florian Blättler (SP): Der Antrag verstösst gegen das Gesetz. Die Besondere Bauverordnung I (BBV I) ist ziemlich konkret: Die Anlagen müssen periodisch, mindestens alle 5 Jahre kontrolliert werden. Das macht die Stadt momentan nicht. Woher die von Flurin Capaul (FDP) genannten Zahlen kommen, ist unklar. Die Stadt Zürich hat 5-mal mehr Lifte als die Stadt Winterthur. Letztere hat alleine für Bewilligungen eine ganze Vollzeitstelle. Zürich müsste dafür also 5 Stellen haben, was nicht der Fall ist. Damit die Stadt Zürich dem Gesetz genügen kann, werden die Stellen beantragt.



S. 331	40 4035 3010 00 000	HOCHBAUDEPARTEMENT Amt für Baubewilligungen Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
057.	Antrag Stadtrat				9 403 800	Mehrheit
			468 000		8 935 800	Minderheit
						Enthaltung
		Begründung:	Zürich hat 8 Stellen für Liftkontrollen und weist gut 3 Mal so viele Anlagen auf wie Winterthur, das 2,5 Stellen hat. Die 5 neu beantragten Stellen sind nicht notwendig. Mit einer guten Organisation kann der Bedarf mit den vorhandenen Stellen abgedeckt werden.			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 70 gegen 44 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 058.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Flurin Capaul (FDP): Zum Thema der Kreisarchitekten reichten wir vor Kurzem eine Schriftliche Anfrage ein. Wir fragten, welche Feedbacks in den letzten 10 Jahren zur Qualität der Kreisarchitekten eingegangen sind. Zusammenfassend war die Antwort, dass das nicht systematisch erfasst werde und man das qualitative Feedback nicht einordnen könne. Generell sei feststellbar, dass das persönliche Beratungsangebot geschätzt werde. Das Problem bei den Kreisarchitektinnen und -architekten ist aber, dass ihre Auskunft nicht rechtsverbindlich ist. Was ihre Beratung nützt, ist nicht klar. Wir sind der Ansicht, dass dieses Angebot deswegen nicht ausgebaut werden muss.

Dr. Florian Blättler (SP): Die Beratungen machen nur etwa einen Viertel der Arbeit der Kreisarchitekten aus. Wichtig ist, dass ein niederschwelliges und unkompliziertes lokales Beratungsangebot vorhanden ist, um das Regulariendickicht bewältigen zu können. Das liefern die Kreisarchitekten. Deren Abschaffung macht die Stadt Zürich für Bauherren und -damen unattraktiv.



Weitere Wortmeldung:

Sven Sobernheim (GLP): Der Mehrheitsreferent sprach für die SP, nicht für die ganze Mehrheit. Die GLP fände eine Verschlankung sinnvoll, denn wir glauben, dass der Stadtrat die Möglichkeiten der Digitalisierung nur teilweise nutzt. Da die Auslastung steigt und die Fristen nicht eingehalten werden, stimmen wir aber zähneknirschend zu.

S. 331	40	HOCHBAUDEPARTEMENT				
	4035	Amt für Baubewilligungen				
	3010 00 000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
058.	Antrag Stadtrat			9 403 800	Mehrheit	Dr. Florian Blättler (SP) Referent, Präsident Florian Utz (SP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Lisa Diggelmann (SP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
		180 000		9 223 800	Minderheit	Cathrine Pauli (FDP) Referentin, Përparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)
		Begründung:	Die Kreisarchitekten geben keine rechtsverbindlichen Auskünfte, der Wert für Bauherren ist beschränkt. Es braucht hier kein Wachstum.			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 40 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 059.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Flurin Capaul (FDP): Das Informatikprojekt SAP S/4HANA fordert 2 zusätzliche Stellen. In vorherigen Debatten fragten wir, was dieses Projekt bringt. Die Antwort lautete: Es würden Automatisierungsvorhaben initiiert, die verschiedene Prozessbereiche der Immobilien Stadt Zürich (IMMO) abdecken: Controlling, Projektportfoliomanagement, Instandhaltung, Budgetierung und Flächenmanagement. Diese identifizierten Geschäftsprozesse sollen gleichzeitig optimiert werden. Im letzten Budget wurde mehr Geld für die ursprüngliche Einführung von SAP S/4HANA eingestellt. Es wird Effizienz und Optimierung versprochen, doch anstelle dessen werden zusätzliche Stellen für die Digitalisierung gefordert. Wir befürworten Digitalisierung, aber nicht zum Selbstzweck. Gerade im IT-Bereich wird das ein Thema bleiben. Die zusätzlichen Stellen braucht es nicht.



Felix Moser (Grüne): Damit das Potential des neuen «Release» bei IMMO genutzt werden kann, ist es notwendig, dass IMMO-intern Ressourcen zur Verfügung stehen, um diese Kernprozesse zu digitalisieren. Wie so oft bei der Digitalisierung braucht es einen erhöhten Initialaufwand mit zusätzlichen Ressourcen. Wenn der Digitalisierungsschritt erreicht ist, kann das bedeuten, dass weniger Personal nötig ist, aber auch, dass bei gleich viel Personal mehr Arbeit in der gleichen Zeit bewältigt werden kann. Aus unserer Sicht sind die beiden Stellen gut begründet.

S. 334	40 4040 3010 00 000	HOCHBAUDEPARTEMENT Immobilien Stadt Zürich Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
059.	Antrag Stadtrat				38 520 400	Mehrheit
						Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
			240 000		38 280 400	Minderheit
						Cathrine Pauli (FDP) Referentin, Pärparim Avdili (FDP), Johann Widmer (SVP)
		Begründung:	Streichen der 2 beantragten Stellen «SAP Fachspezialist/in IZDA»: Gemäss Projektantrag bringt SAP4HANA Gewinne in der Effizienz, daher braucht es keine zusätzlichen Mitarbeitenden. Der Stellenantrag würde zudem die an OIZ übertragenen Stellen wieder aufbauen.			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 31 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 060.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Julia Hofstetter (Grüne): Es ist wichtig und richtig, dass der Gemeinderat am 14. Dezember 2022 positiv auf den Vorstoss der Grünen reagierte und den Solarausbau nicht allein dem Elektrizitätswerk (ewz) überlassen will. Wir wollen auf Seiten der Bauherren im Hochbaudepartement (HBD) und bei Liegenschaften Stadt Zürich (LSZ) Solarbeauftragte anstellen. Sie sollen ausschliesslich den Photovoltaik (PV)-Ausbau vorantreiben. Die Stadt ist als Eigentümerin der Gebäude nahe dran und kann die PV-Anlagen ins Gesamtsystem der Gebäude miteinbeziehen. Der Gemeinderat schuf bereits 2 Stellen, die die bis anhin fehlende Schnittstelle füllen. Bei LSZ und dem HBD sollen auch je 2 Stellen geschaffen werden. Im besten Fall wird das ewz angespornt, innovativer, agiler und proaktiver zu werden. So kann das Tempo beidseitig gesteigert werden.



Cathrine Pauli (FDP): *In verschiedenen Departementen sollen insgesamt 4 Stellen bewilligt werden. Wir verweisen wiederum auf die PV-Strategie und die darin sehr genau definierten Massnahmen, Stossrichtungen und den vorhergehenden Arbeitsaufwand, sodass im Jahr 2030 120 Gigawatt Solarstrom auf Stadtgebiet produziert werden können. In dieser Strategie sind keine Stellen für Solarbeauftragte vorgesehen.*

Betrifft den nachfolgenden Antrag Nr. 60, das Postulat GR Nr. 2022/613 sowie Antrag Nr. 24 (FD)

S. 334	40 4040 3010 00 000	HOCHBAUDEPARTEMENT Immobilien Stadt Zürich Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
060.	Antrag Stadtrat				38 520 400	Minderheit Cathrine Pauli (FDP) Referentin, Përparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)
				200 000	38 720 400	Mehrheit Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Alan David Sangines (SP)
						Enthaltung Sven Sobernheim (GLP)
		Begründung:	Schaffen von 2 Stellen für Solarbeauftragte: Beschleunigung PV-Ausbau auf Gebäuden von Immobilien Stadt Zürich			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 53 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.



15 / 35

Antrag 061.

Betrifft den nachfolgenden Antrag Nr. 61 sowie Antrag Nr. 32 (SID)

S. 335	40 4040 3130 00 000	HOCHBAUDEPARTEMENT Immobilien Stadt Zürich Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
061.	Antrag Stadtrat				7 435 000	Mehrheit
						Cathrine Pauli (FDP) Referentin, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Pärparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)
			25 000		7 410 000	Minderheit
						Walter Angst (AL) Referent, Präsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggel- mann (SP), Alan David Sangines (SP)
		Begründung:	Schiesstunnel Hasenrain nur, wenn Ende des Schiessbetriebs vertraglich verbindlich vereinbart ist			

Walter Angst (AL) zieht den Antrag der Minderheit zurück. Damit ist dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zugestimmt.

Antrag 062.

S. 336	40 4040 3300 60 000	HOCHBAUDEPARTEMENT Immobilien Stadt Zürich Planmässige Abschreibungen Mobilien VV				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
062.	Antrag Stadtrat				7 545 900	
			100		7 545 800	Zustimmung
						Enthaltung
						Cathrine Pauli (FDP) Referentin, Pärparim Avdili (FDP)
						Präsident Florian Utz (SP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)
		Begründung:	Die Kunstsammlung der Stadt Zürich mit einem Wert von Fr. 67 Mio. und mit über 29 000 Kunstwerken soll in der Anlagenbuchhaltung als Verwaltungsvermögen richtig erfasst werden.			



Cathrine Pauli (FDP) zieht namens der FDP-Fraktion den Antrag zurück. Damit ist dem Antrag des Stadtrats stillschweigend zugestimmt.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 064., 065. und 066. (Postulat GR Nr. 2022/615).

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Walter Angst (AL) begründet den Antrag der Minderheit und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1055/2022): Im letzten Sommer wurde die Gemeindeordnung mit den Netto-Null-Zielen ergänzt. Man hielt unter anderem fest, dass die indirekten Treibhausgasemissionen der Stadt Zürich bis ins Jahr 2035 und in der gesamten Stadt Zürich bis ins Jahr 2040 um 30 Prozent reduziert werden sollen. Bauen trägt insbesondere beim Abbruch von Bestandesbauten wesentlich zu diesen Emissionen bei. Das mag in 10 bis 15 Jahren anders sein, da wir die Klimaziele dann eigentlich schon erreicht haben sollten. Beim Durchsehen der stadträtlichen Anträge und Bauprojekte fiel auf, dass diverse Bauten aus den 1970er-Jahren abgebrochen werden sollen. Es ist klar, dass wir als Stadt Zürich insbesondere beim Schulraum unsere Ziele nicht erreichen können, wenn wir die Bauplanung einhundertprozentig nach den Vorgaben umstellen. Es ist trotzdem erstaunlich, dass die zwei Gesundheitsbauten aus den Anträgen 064. und 065. Gemäss Planung in den nächsten 10 Jahren abgerissen werden sollen. Es ist klar, dass die Projektplanung auf der Altersstrategie basiert und eine Umkehr eine erhebliche Neuorientierung der Verwaltung bedeuten würde. Die Klimaschutzziele können nur erreicht werden, wenn Bekanntes geändert wird. Wenn der Grundlagenbericht der Stadt Zürich zum Klimaziel Netto-Null betrachtet wird, sind zwei politische Massnahmen ganz oben: Eine tiefe Neubaurate und die Reduktion von nicht-energetischen Sanierungsaktivitäten. Diese Klimaschutzziele sind ernst zu nehmen und es ist systematisch zu evaluieren, wie die Stadt bei der Neuorientierung ihrer Bauvorhaben vorangeht. Es gibt sicherlich Fortschritte, so auch die Ansicht, dass Bauten eher saniert als abgerissen werden sollen. In der Budgetdebatte können wir Bauvorhaben steuern und Einfluss nehmen. Deswegen ist es wichtig, dass wir diskutieren, welche neuen Kriterien wir setzen sollen, und dass die Departemente, die einen raschen Kurswechsel einleiten wollen, gefördert werden. Es geht einerseits um das Alterszentrum Grünau, dessen Projekt bereits überdacht wird. Andererseits geht es um das Alterszentrum Oberstrass, das einem Abrissprojekt weichen soll. Im begleitenden Postulat wird das Ernstnehmen der gesetzten Ziele gefordert.

Dr. Florian Blättler (SP): Die beiden Kürzungsanträge zur Verhinderung der beiden Neubauten sind gut gemeint und durchaus wertvoll in Bezug auf die Minimierung von Emissionen. Trotzdem glaube ich, dass diese Streichungen aus drei Gründen nicht brauchbar sind. Zum Ersten ist es zu spät, um einzugreifen. Zum Zweiten sind diese Entscheide gut begründet und zum Dritten ist es nicht die richtige Flughöhe für den Gemeinderat. Das Postulat ist hierfür besser geeignet. Deswegen werden die beiden Anträge abgelehnt und anschliessend für das Postulat eine Textänderung vorgeschlagen.



Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

STR André Odermatt: *Das Postulat greift eine laufende, intensive und wichtige Debatte auf, in der es darum geht, die Klimaziele auch in Bezug auf die graue Energie zu erreichen. Die Budgetdebatte ist nicht der richtige Moment, um dieses sehr wichtige Thema zu diskutieren. Schnell werden voreilige Schlüsse gezogen. Das Thema ist komplexer, als suggeriert wurde. Das Postulat verlangt, dass ein nachhaltiges Immobilienmanagement betrieben wird, dass nur wirklich Benötigtes gebaut wird und dass, wenn möglich, sinnvoll erhalten wird. Das ist der Grundsatz, den wir bereits pflegen, doch die Bedürfnisse müssen berücksichtigt werden. Bei jedem Projekt werden verschiedene Varianten geprüft und Bedürfnisse gegeneinander abgewogen. Die Reduktion von CO₂ als ein Netto-Null-Ziel ist ein wichtiger Punkt. Dabei gilt auch weiterhin das 2000-Watt-Ziel. Nebst den ökologischen Aspekten ist eine ganzheitliche Nachhaltigkeitsbetrachtung wichtig, die die sozialen, ökonomischen und raumplanerischen Dimensionen berücksichtigt. Die Verdichtung spielt in der Stadt Zürich eine grosse Rolle. Die Fragestellung ist sehr komplex. Einfache Antworten gibt es nicht. Im Postulat wird einseitig priorisiert, was nicht sinnvoll ist. Im Alterszentrum Grünau evaluiert man bereits die Bestandserhaltung und -Ergänzung. Das Alterszentrum Oberstrass ist komplexer, da die weiteren Schritte mit der Stiftung Alterswohnen diskutiert werden müssen. Der Entscheid, ob erhalten, erweitert oder ersetzt wird, ist zudem strategisch, nicht architektonisch. Deswegen muss bereits vor einem Wettbewerb klar sein, welche Variante die sinnvollste ist. In dieser Phase kann viel graue Energie gespart werden, da auch ein Erhalt viele indirekte Emissionen verursachen kann. Wir wollen alle das Netto-Null-Ziel erreichen und in den verschiedenen Departementen ist man daran, das Anliegen umzusetzen. Mit Schwarz-Weiss-Denken werden wir diesem komplexen Thema nicht gerecht. Die Thematik soll in den Kommissionen im Rahmen von Bauvorlagen vertieft und intensiv diskutiert werden.*

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): *Wir wechseln von der Enthaltung in die Mehrheit, da unklar ist, wie die diskutierten Projekte ausgewählt wurden. Ich möchte dem Mehrheitsreferenten widersprechen, wenn er sagt, dass die Budgetdebatte nicht der Ort ist, um solche Projekte zu diskutieren. Die Budgetdebatte hat die Funktion, stadträtliche Projekte in unserem Sinne auf Kurs zu bringen oder allenfalls zu stoppen. Nicht alles im Postulat Geforderte ist sinnvoll, aber der Prüfauftrag ist richtig: Für die Bestandserhaltung und weniger graue Emissionen muss Einsatz geleistet werden, auch wenn es Hürden gibt. In einem Punkt muss ich meinen Vorrednern widersprechen: Beim Wettbewerb kann es sein, dass für eine andere Variante entschieden wird. Ein offener Wettbewerb kann interessante Lösungen bieten, die noch nicht angedacht wurden.*

Cathrine Pauli (FDP) stellt folgenden Textänderungsantrag: *Wir folgen der Mehrheit. Es ist zu spät, um einzugreifen und den ganzen Prozess zu hinterfragen. Wir unterstützen das Postulat mit der Textänderung: «bei Bauprojekten, die im Eigentum der Stadt Zürich sind». Wir beobachten eine Tendenz, dass bestehende Bauten nicht in neue Strukturen miteinbezogen werden. Die «Erhaltbarkeit» ist ein Thema und die Erinnerungsfähigkeit*



ist in einer schnell wachsenden Stadt zu erhalten. Die Stadt gibt zu viel vor und vertraut zu wenig den Architektinnen und Architekten, die erarbeiten, wie man aus dem Bestand heraus mit Ergänzungen oder Neubauten etwas Besseres schaffen kann. Den Vorstoss der AL finden wir sehr gut, da sie in den Vordergrund stellt, dass die Stadt nicht durch unzählige, kostenintensive Studien in der Vorprojektphase alles vorgeben muss.

Dr. Florian Blättler (SP): *Wie bereits erwähnt, haben wir Verständnis dafür und wollen, dass Altbauten, wenn möglich, erhalten werden und auf Neubauten verzichtet wird. Wichtig ist, dass der Betrieb in seiner Funktion gewährleistet werden kann. Zwei Punkte des Postulats unterstützen wir nicht: Den Absolutismus, dass Neubauten grundsätzlich schlechter seien als der Bestandeserhalt, und dass erst nach dem Wettbewerb entschieden werden soll, ob es einen Neubau oder Bestandeserhalt geben soll. Es ist ein strategischer Entscheid und soll entsprechend vor dem Wettbewerb gefällt werden. Wir schlagen folgende Textänderung vor: «Der Stadtrat wird aufgefordert, zu prüfen, wie bei der Planung und Projektierung von Bauprojekten der Fokus darauf gelegt werden kann, die gesamten Treibhausgasemissionen über die gesamte Lebensdauer eines Objektes auf ein Minimum zu reduzieren. Bei allen Machbarkeitsstudien sind Varianten mit Bestandeserhalt, Ersatz- und Neubauvarianten gegenüberzustellen. Der Variantenentscheid erfolgt unter Einbezug aller relevanten Nachhaltigkeitskriterien, inklusive der Treibhausgasemissionen, gemäss anerkannter Standards in den Dimensionen sozial, ökologisch und ökonomisch, wobei der Bestandeserhalt bei vergleichbarem Abschneiden bei den Nachhaltigkeitskriterien priorisiert wird». Sollte der Wettbewerb im Postulat erhalten bleiben, wird es von uns abgelehnt.*

Jürg Rauser (Grüne) stellt folgenden Textänderungsantrag: *Bezüglich des Postulats haben wir viele Sympathien für das Anliegen der AL. Unser Fokus ist eher bei den Treibhausgasen. Wir stellen folgende Textänderung vor: «Bei Machbarkeitsstudien und Architekturwettbewerben ist die Aufgabe so zu stellen, dass der Treibhausgasausstoss über den ganzen Lebenszyklus betrachtet eine hohe Priorität hat». Die Machbarkeitsstudie fügen wir zu den Wettbewerben hinzu, da wir der Meinung sind, dass der Entscheid bereits vor dem Wettbewerb zumindest evaluiert werden muss. Die Treibhausgase sind das entscheidende Kriterium für uns, da sie bestimmen, wie es mit dem Klima in den nächsten Jahren weitergeht. Für den Planungskredit gehen wir mit der Mehrheit, da die vorhergehenden Planungsleistungen nicht kostenlos sind.*

Claudia Rabelbauer (EVP): *Die Mitte/EVP geht bei allen drei Anträgen mit dem Stadtrat. Das Postulat lehnen wir trotz allen Textänderungen ab, da es zu absolut formuliert ist. Bei allen Bauprojekten gibt es unterschiedliche Kriterien, wobei die ökologischen zwar wichtig sind, aber nicht die alleinigen. Wir möchten, dass diese Dinge geprüft werden, aber nicht in der geforderten Absolutheit.*

Walter Angst (AL) ist mit beiden Textänderungen einverstanden: *Dass es nicht der richtige Zeitpunkt oder Ansatz wäre, wie STR André Odermatt gerade argumentierte, war zu lange ein Grund, in Sachen Klima nicht zu handeln. Deswegen freut es mich, dass Sven Sobernheim (GLP) erkennt, dass auch die Budgetdebatte der Ort ist, an dem solche Diskussionen geführt werden müssen, um in diesem Prozess weiterzukommen.*



In Bezug auf das Postulat stimme ich zu, dass der erste Prozess bei der Machbarkeitsstudie liegen muss und es ist sinnvoll, dass die Wettbewerbe offen gestaltet werden. So wird gleichwertig die Möglichkeit geschaffen, Projekteinreichungen sowohl mit Bestandserhalt als auch Ersatzneubauten zu gestatten. Die beiden Gesundheitsbauten boten sich an, die Möglichkeit zum Bestandserhalt auszutesten. Wir nehmen die Textänderungen der Grünen und der FDP an. In der neuen Form sollte die Nennung des Wettbewerbs auch für STR André Odermatt und Dr. Florian Blättler (SP) annehmbar sein.

Cathrine Pauli (FDP): *Wir rangen als FDP damit, ob dem Textänderungsantrag der Grünen zugestimmt werden soll. Dem Postulat wird zugestimmt, aber ich will klarstellen: Ihr fordert, dass im Architekturwettbewerb der Treibhausgasausstoss des gesamten Lebenszyklus und zusätzlich die graue Energie der Bestandesbauten berücksichtigt werden soll. Der administrative Aufwand für Architekturwettbewerbe und Baubewilligungen hat in den letzten Jahren extrem zugenommen. Die Textänderungen sollen so vorgenommen werden, dass die Baubranche nicht allzu viel Mehraufwand leisten muss.*

Jürg Rauser (Grüne): *Auch die Grünen rangen mit der Textänderung der FDP. Uns stört, dass es nur um Bauten der Stadt Zürich gehen soll. Wir sehen ein grosses Feld, in dem dieses Anliegen zum Tragen kommen könnte, speziell bei Arealüberbauungen oder Gestaltungsplänen. Hier könnte die Stadt ansetzen, um das Thema Treibhausgase einzubringen. Da das Postulat auch mit der Textänderung besser als nichts ist, stimmen wir ihr zu. Die Machbarkeitsstudien sollten mit dem zusätzlichen Faktor der Treibhausgas-evaluation zunächst keinen grossen Mehraufwand darstellen, da es sich um eine grobe Abschätzung handelt. Erst bei weiteren Schritten soll konkretisiert werden.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

STR André Odermatt: *So, wie das Postulat mit den Textänderungen vorliegt, scheint es grösstenteils in Ordnung zu sein. Bereits heute wird von den Architektinnen und Architekten verlangt, dass sie Angaben zu Treibhausgasemissionen und grauer Energie machen. Bevor ein Architekturwettbewerb durchgeführt wird, muss ein Raumprogramm erarbeitet werden, das eine gewisse Verbindlichkeit aufweist und mit den Bedürfnissen der Betreibenden übereinstimmt. So kann die Jury mit den klar vergleichbaren Vorgaben arbeiten und die Einreichungen beurteilen. Machbarkeitsstudien werden oft durch externe Architekten durchgeführt und nicht ausschliesslich von der Verwaltung beurteilt.*



20 / 35

Betrifft die nachfolgenden 2 Anträge Nr. 64 und 65 sowie Antrag Nr. 30 (FD)

S. 344	40 4040 500656 5040 00 000	HOCHBAUDEPARTEMENT Immobilien Stadt Zürich Alterszentrum Grünau: Ersatzneubau Hochbauten	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
064.	Antrag Stadtrat				50 000	Mehrheit
						Dr. Florian Blättler (SP) Referent, Präsident Florian Utz (SP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Lisa Diggelmann (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Alan David Sangines (SP), Johann Widmer (SVP)
			50 000		0	Minderheit
						Enthaltung
						Walter Angst (AL) Referent Pärparim Avdili (FDP), Cathrine Pauli (FDP), Sven Sobernheim (GLP)
			Begründung: Entscheid Ersatzneubau nochmals evaluieren			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 106 gegen 9 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 065.

Wortmeldungen siehe Antrag 064.

S. 344	40 4040 500660 5040 00 000	HOCHBAUDEPARTEMENT Immobilien Stadt Zürich Alterszentrum Oberstrass: Ersatzneubau Hochbauten	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
065.	Antrag Stadtrat				50 000	Mehrheit
						Dr. Florian Blättler (SP) Referent, Präsident Florian Utz (SP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Lisa Diggelmann (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Alan David Sangines (SP), Johann Widmer (SVP)
			50 000		0	Minderheit
						Enthaltung
						Walter Angst (AL) Referent Pärparim Avdili (FDP), Cathrine Pauli (FDP), Sven Sobernheim (GLP)
			Begründung: Entscheid Ersatzneubau nochmals evaluieren, nicht nur Teilersatz			



Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 10 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 067.

S. 353	40 4040 500801 5040 00 000	HOCHBAUDEPARTEMENT Immobilien Stadt Zürich Wohnsiedlung Harsplen: Einbau Kindergarten/Betreuung Hochbauten	Verbesserung Verschlechterung	Betrag 20 000 20 000	Stimmen Mehrheit Minderheit Enthaltung	Cathrine Pauli (FDP) Referentin, Pärparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP) Walter Angst (AL) Referent Präsident Florian Utz (SP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Alan David Sangines (SP)
067.	Antrag Stadtrat					
		Begründung:	Planung des Bauprojekts der Stadt ist abhängig von Umzonung für Erschliessung Wohnsiedlung Harsplen. Diese ist dem Gemeinderat noch nicht unterbreitet worden. Terminplan ist unklar.			

Walter Angst (AL) zieht namens der AL-Fraktion den Antrag der Minderheit zurück. Damit ist dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zugestimmt.

DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE

Gemeinsame Behandlung der Anträge 068. und 069. (Postulat GR Nr. 2022/619).

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Sibylle Kauer (Grüne) begründet den Antrag der Mehrheit und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1059/2022): Seit Jahren werden Postulate und Motionen zur Förderung der Photovoltaik (PV) überwiesen. So beispielsweise die Motion GR Nr. 2019/212, die bis im Jahr 2030 einen Anteil von 10 Prozent Solarstrom fordert. Obwohl im Elektrizitätswerk (ewz) Fachleute arbeiten und die Aufträge klar sind, sind wir mit der Nutzung des vorhandenen Potentials nicht fortgeschritten. Im Vergleich zu anderen Schweizer Städten sind wir nicht im vorderen Drittel vertreten, was die Produktion von Solarstrom



betrifft. Das finden wir enttäuschend. Die aktuellen Anstrengungen reichen trotz Solarstrategie nicht, auch, da die Strategie nicht genügend hohe Ziele anstrebt. Dasselbe gilt für das aktuelle Förderprogramm. Um herauszufinden, warum dieser Prozess stagniert, schlagen wir einen Bericht durch externe Fachleute vor. Der Bericht soll Vorgaben und Prozesse kritisch durchleuchten und aufzeigen, welche Faktoren den Solarzubau beschleunigen und welche sich hemmend auswirken. Das Geld für den Bericht wollen wir bereits im Budget sprechen, damit keine weitere Zeit beim Solarausbau verloren wird.

Sven Sobernheim (GLP): *Im Solarbereich bewegen wir uns in einem dynamischen Umfeld. Auf den 1. Januar 2023 gibt es eine Gesetzesänderung, die neue Vorgaben für Solaranlagen vorsieht. Auch bei der technischen Entwicklung passiert viel. Auf Stadtgebiet wird im ersten Quartal 2023 die neue PV-Strategie eingeführt. Der externe Bericht bringt aus Minderheitssicht nichts, ausser dass sich die Stellen die Schuld für die Stagnation gegenseitig zuweisen. Der Bericht erweist sich als zusätzlich unnötig, wenn man bedenkt, wie der Stadtrat mit Berichten umgeht, die die Verwaltungsarbeit kritisieren.*

Sven Sobernheim (GLP) stellt namens der GLP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen: *Ich möchte ergänzen, dass sich der Stadtrat mit der Energiewende und dem PV-Ausbau schwer tut. Das sieht man daran, dass er laut Medienmitteilung vom 14. Dezember 2022 Geld dafür verlangt, die Energiewende voranzutreiben.*

Andreas Kirstein (AL) stellt namens der AL-Fraktion folgenden Textänderungsantrag: *Mit folgender Textänderung nehmen wir das Postulat an: Im ersten Satz soll «durch die ewz» ersatzlos gestrichen und im zweiten Satz «des ewz» durch «der städtischen Verwaltungen» ersetzt werden. Der letzte Satz soll ganz gestrichen werden. Der alleinige Fokus auf das ewz in diesem Bericht greift zu kurz, wenn evaluiert werden soll, wie der Solarausbau bisher vonstatten ging. Es sollen alle Beteiligten betrachtet werden, wenn es darum geht, in der Stadt Zürich eine Solaranlage zu bauen.*

Cathrine Pauli (FDP): *Die FDP unterstützt das Postulat generell und noch klarer, wenn die Textänderung der AL angenommen wird. Wir sind der Überzeugung, dass mit diesem externen Bericht klar wird, warum der PV- und Solaranlagenausbau stagniert – sei es wegen des ewz, des Stadtrats oder der kantonalen oder gesetzlichen Richtlinien.*

Martin Busekros (Grüne) ist mit dem Textänderungsantrag einverstanden: *Ich verstehe den Ablehnungsantrag der GLP nicht; seid ihr gegen Transparenz? Wir nehmen den Textänderungsantrag der AL an und begrüssen den gesamtheitlichen Ansatz.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Michael Baumer: *Tatsächlich lohnt es sich in der Energiepolitik den Horizont gesamtheitlicher zu betrachten. Das Jahr hat gezeigt, dass die Energieproduktion in der Schweiz ausgebaut werden muss. Ein wichtiger Teil davon ist die Photovoltaik, deren Ausbau das ewz schon lange fördert. Das ewz bringt grosse Leistungen im Bereich der Photovoltaik: Wir haben 363 eigene PV-Anlagen, 450 PV-Contracting-Anlagen in der*



ganzen Schweiz, 35 Anlagen für solarzüri und im Jahr 2020 – bevor die Debatte im nationalen Parlament im Jahr 2022 gross wurde – bereits die erste hochalpine Solaranlage gebaut. Momentan wird an einer dritten solchen Anlage gearbeitet, weitere werden geprüft. Auch in der Stadt Zürich soll ausgebaut werden: Es soll insgesamt viermal mehr Solarenergie und auf städtischen Liegenschaften ein 5-faches an Photovoltaik umgesetzt werden. Deswegen nehmen wir das Postulat, besonders in der geänderten Form, gerne entgegen. Die eigentlichen Hemmfaktoren – die Bewilligungsverfahren, Einsprachen, Sanierungszyklen, Fachkräfte- und Materialmangel – kennen wir bereits. Da dies nicht städtische Themen sind, ist es wichtig, das gesamtheitlich in einem Bericht aufzuzeigen. Auf den Bericht warten wir aber nicht, sondern handeln vorher: Ab dem 1. Januar 2023 werden wir die Herkunftsnachweise (HKN) vergüten, ab Februar 2023 Förderbeiträge für Asbestsanierungen, Dachbegrünungen und die Ausrichtung auf Winterstrom leisten, sodass die Sanierungszyklen eine weniger grosse Rolle spielen. Zudem gibt es ein neues Solar-Contracting für Hausbesitzer mit mehr als 500 Quadratmetern Fläche. Der Kanton hat das Meldeverfahren anstelle der Baubewilligung eingeführt und liess die Nettobetrachtung bei den Steuern zu, was die Verfahren beschleunigt und die Attraktivität steigert. Die Wirtschaftlichkeit sollte bei normalen Anlagen kein Problem sein, da sie nach 10 Jahren amortisiert sind, was für private Eigentümer und Eigentümerinnen attraktiv ist. Das ewz ist erfolgreich unterwegs. Im Jahr 2022 war ein Verkauf von 4000 Quadratmetern solarzüri geplant – momentan sind wir bei 13 355 Quadratmetern, da wir den Lago di Lei bereits in diesem Jahr 2022 in den Verkauf geben konnten. Wenn über die Gemeindegrenzen hinausgeschaut wird, wird klar, dass das ewz ganz vorne mit dabei ist. Denken Sie daran: Für den Bau von Photovoltaik braucht es die entsprechenden Speicher. Unterstützen Sie Vorstösse, die diesen Faktor berücksichtigen.

S. 361	45 4500 3132 00 000	DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE Departement der Industriellen Betriebe Departementssekretariat Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
068.	Antrag Stadtrat				1 400 000 Minderheit	Sven Sobernheim (GLP) Referent, Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)
				100 000	1 500 000 Mehrheit	Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Cathrine Pauli (FDP), Alan David Sangines (SP)
		Begründung:	Bericht zur Möglichkeit, den Ausbau Solarenergie in der Stadt Zürich zu beschleunigen			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:



Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht. Das Abstimmungsergebnis wurde gemäss dem effektiven Stimmverhalten der Ratsmitglieder angepasst.

Antrag 070.

S. 363	45	DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE				
	4525	Wasserversorgung				
	3010 00 000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
070.	Antrag Stadtrat			29 259 400	Minderheit	Walter Angst (AL) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Markus Haselbach (Die Mitte)
		250 000		29 009 400	Mehrheit	Dr. Florian Blättler (SP) Referent, Präsident Florian Utz (SP), Pärparim Avdili (FDP), Lisa Diggelmann (SP), Cathrine Pauli (FDP), Alan David Sangines (SP), Johann Widmer (SVP)
					Enthaltung	Sven Sobernheim (GLP)
		Begründung:	Verzicht auf 2 der 5 neuen Stellen zur Digitalisierung, Digitalisierungsprojekt auf Prioritäten prüfen			

Dr. Florian Blättler (SP) zieht den Antrag der Mehrheit zurück. Damit ist dem Antrag der Minderheit stillschweigend zugestimmt.

Antrag 071.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

Felix Moser (Grüne): Das Elektrizitätswerk (ewz) hat bekanntlich ein Globalbudget, bei dem der Gemeinderat über Steuerungsgrössen Vorgaben machen kann. Eine Steuerungsgrösse ist der jährliche Zubau von Photovoltaik (PV) in der Stadt in Kilowatt Peak (kWp). Je höher diese Zahl ist, umso mehr soll die Photovoltaik ausgebaut werden. Wie vor einem Jahr sind wir der Meinung, dass das ewz offensiver vorgehen könnte und müsste, da zu wenig passiert. Eine Erhöhung des jährlichen Zubaus auf 3000 kWp anstelle der geforderten 2400 kWp ist immer noch nicht viel. Eine höhere Zahl wäre denkbar, aber 3000 kWp findet im Gemeinderat eine Mehrheit. Dass der Zubau kosten wird, ist klar. Auf Anfrage der Rechnungsprüfungskommission meinte das ewz, dass kein Budgetkredit nötig sei, sondern nötigenfalls ein Nachtragskredit beantragt würde.



Dr. Florian Blättler (SP): Wir bewilligten gerade Geld, um herauszufinden, wieso der Solarausbau in der Stadt scheitert. Einen Grund dafür sehen wir jetzt: Einen mutlosen Gemeinderat. Das ewz nimmt minimale Vorgaben ins Budget auf – tiefer als was sie bereits realisierten – und dem wird im Gemeinderat zugestimmt. Es gibt keinen PV-Ausbau, weil der Gemeinderat darauf verzichtet, konkrete Zahlen zu fordern. Die Parteien in der Mehrheit verhalten sich heuchlerisch. Vom ewz sollte man mehr erwarten können und von einem kritischen Parlament erst recht.

Johann Widmer (SVP): Bei diesem Antrag geht es nicht um Geld. Eine Minderheit folgt dem Stadtrat und lehnt die Anträge der Mehrheit und Minderheit 1 ab. Mit einer blossen Anpassung der installierten Leistung würde noch keine PV-Anlage gebaut. Das ist der falsche Ansatz, auch angesichts der aufwändigen Bewilligungsverfahren und bautechnischen Gegebenheiten. Es ist falsch, dass PV-Anlagen innerhalb der Stadt verlangt werden. Das ewz baut in den Alpen effizientere und bessere Anlagen. Innerhalb der Stadt braucht es nicht viel Photovoltaik, auch wegen des Nebels. Dieser Antrag unterstützt das Parteiprogramm der Grünen und hat mit dem Budget nichts zu tun.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): Dass wir hier nicht über einen Geldbetrag, sondern über kWp sprechen, hat damit zu tun, dass wir nicht über das Globalbudget, sondern über eine Steuerungsgrösse sprechen, die rechtfertigen soll, ob der dem ewz zugesprochene Geldbetrag sinnvoll ist oder nicht. Dr. Florian Blättler (SP) muss ich widersprechen: Wir sind nicht mutlos, sondern geben die Erhöhung auf 3000 kWp vor, da wir sie als realistisch empfinden. Wenn die Energiewende in dieser Stadt gemeistert werden soll, dann nicht mit dem ewz alleine. Wir verzichten in diesem Antrag auf reine Symbolpolitik.

Markus Haselbach (Die Mitte): Die Mitte/EVP-Fraktion wechselt zur Mehrheit. Wir sehen, dass das ewz Fortschritte macht und begrüssen es, dass der Antrag das Ziel höher setzt, um zu zeigen, dass wir in dieser Thematik vorwärts gehen.

Martin Busekros (Grüne): Zunächst stimmten wir den 3000 kWp zu, da es der Mehrheit so passte. Da wir aber möglichst viel Solarzubau wollen, stimmen die Grünen dem Minderheitsantrag zur Erhöhung auf 3600 kWp zu, wenn die AL ebenfalls zustimmt.

Andreas Kirstein (AL): Die Steuerungsvorgaben sollen sowohl realistisch als auch herausfordernd sein. Es ist schlussendlich eine Frage des Ermessens, ob auf 3000 kWp oder 3600 kWp abgezielt wird. Wir wechseln ebenfalls auf den Antrag von 3600 kWp, um eine Herausforderung zu bieten.



26 / 35

S. 151	45 4530 PG 2	DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE Elektrizitätswerk Energieproduktion aus Kleinwasserkraft, Wind, Sonne, Biomasse usw. D Steuerungsvorgaben		
			Verbesserung	Verschlechterung
				Betrag
				Stimmen
071.	Antrag Stadtrat			
		Die Mehrheit der RPK beantragt, die Steuerungsvorgabe «U Zubau von Photovoltaikanlagen innerhalb der Stadt Zürich durch ewz in kWp» von 2400 auf 3000 anzupassen.	Minderheit 2	Johann Widmer (SVP) Referent, Markus Haselbach (Die Mitte)
		Die Minderheit 1 der RPK beantragt, die Steuerungsvorgabe «U Zubau von Photovoltaikanlagen innerhalb der Stadt Zürich durch ewz in kWp» von 2400 auf 3600 anzupassen.	Mehrheit	Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Walter Angst (AL), Pärparim Avdili (FDP), Cathrine Pauli (FDP), Sven Sobernheim (GLP)
			Minderheit 1	Dr. Florian Blättler (SP) Referent, Präsident Florian Utz (SP), Lisa Diggelmann (SP), Alan David Sangines (SP)
		Begründung:	Mehrheit und Minderheit 1: Der Zubau von Photovoltaikanlagen soll forciert werden und auch auf Gebäuden ausserhalb des Unterhaltszyklus erfolgen.	

Abstimmung gemäss Art. 209 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Minderheit 2	(2400 kWp)	13 Stimmen
Antrag Mehrheit	(3000 kWp)	40 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(3600 kWp)	<u>63 Stimmen</u>
Total		116 Stimmen
= absolutes Mehr		59 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Minderheit 1 zugestimmt.

Antrag 072.

Kommissionsmehrheit:

Dr. Florian Blättler (SP): Die Verkehrsbetriebe (VBZ) selbst meinen, dass sie die diskutierte Stelle nicht brauchen. Deswegen soll sie gestrichen werden.



27 / 35

S. 370	45 4540 3010 00 000	DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE Verkehrsbetriebe Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
072.	Antrag Stadtrat				243 538 600	Minderheit
			130 000		243 408 600	Mehrheit
						Johann Widmer (SVP) Referent
						Dr. Florian Blättler (SP) Referent, Präsident Florian Utz (SP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Përparim Avdili (FDP), Lisa Diggelmann (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Cathrine Pauli (FDP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
						Begründung: Streichen der nicht benötigten Stelle «Data Analyst/-in»

Johann Widmer (SVP) zieht namens der SVP-Fraktion den Antrag der Minderheit zurück. Damit ist dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zugestimmt.

SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT

Antrag 073.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Lisa Diggelmann (SP): Die SP beantragt die Streichung von 50 000 Franken, da aktuell keine offenen Stellen im Schul- und Sportdepartement (SSD) zur Verfügung stehen, wofür allfällige Assessments nötig wären. Sollte es dennoch Assessments brauchen, können diese mit Nachtragskrediten beantragt werden.

Walter Angst (AL): Nachtragskredite für eine Neubesetzung anzufordern, ist nicht sinnvoll. Wenn es einen Abgang gibt oder zwischen den Zusatzkrediten etwas eingeleitet werden muss, würden wir uns Mühe ersparen, wenn wir dem Kredit zustimmen.

S. 378	50 5000 3091 00 000	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT Schul- und Sportdepartement Departementssekretariat Personalwerbung				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
073.	Antrag Stadtrat				75 000	Minderheit
						Walter Angst (AL) Referent, Johann Widmer (SVP)



28 / 35

50 000

25 000 Mehrheit

Lisa Diggelmann (SP)
Referentin, Präsident
Florian Utz (SP), Vizepräsi-
dent Felix Moser (Grüne),
Përparim Avdili (FDP), Dr.
Florian Blättler (SP),
Markus Haselbach (Die
Mitte), Cathrine Pauli
(FDP), Alan David
Sangines (SP), Sven
Sobernheim (GLP)

Begründung: Aktuell sind keine zu besetzenden Stellen bekannt, bei denen Assessments durchgeführt werden müssen.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 21 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 074.

Kommissionsreferent:

Felix Moser (Grüne): *KluS ist die Klassen- und Schuladministrationssoftware, die allen Schulen zur Verfügung steht. Es handelt sich um eine Eigenentwicklung des Schulamts (SAM) in Zusammenarbeit mit einer externen IT-Firma. Es ist ein Administrations-tool für alle wesentlichen Aufgaben innerhalb der Schule und der Schulverwaltung. Seit der Inbetriebnahme gibt es verschiedene Rückmeldungen, die darauf schliessen lassen, dass vieles nicht gut läuft. Das SAM erstellt zusammen mit der Schulpflege einen Evaluationsbericht, der aufzeigt, wo die Schwachpunkte liegen: «Der Soll-Ist-Vergleich macht deutlich, dass viele der Erwartungen, die an die Einführung der Software geknüpft waren, nicht erfüllt sind» oder «Insgesamt zeigt die Evaluation einen erheblichen Optimierungsbedarf in Zusammenhang mit der Software KluS. Aus Sicht der Evaluation lohnt es sich deshalb, die Optionen für das weitere Vorgehen (Software beibehalten und optimieren, alternative Software einführen usw.) systematisch auszuloten und Kosten und Nutzen von verschiedenen Varianten abzuwägen». Das ist eine harte Aussage für ein System, das bereits viel Geld kostete und in Betrieb ist. Der Rechnungsprüfungskommission (RPK) konnte noch nicht mitgeteilt werden, welche Strategie verfolgt werden soll. Mit diesem Antrag wollen wir erreichen, dass das rasch geklärt und der Gemeinderat informiert werden kann, was eine geeignete Lösung ist. Die Lehrpersonen und andere Beteiligte warten sehnsüchtig auf eine funktionierende Software, die ihren Arbeitsalltag erleichtert. Mit diesen 50 000 Franken streichen wir nur einen kleinen Teil des vorgesehenen Budgets für die Weiterentwicklung. Es bleibt genügend Geld übrig, um weitere Verbesserungen vorzunehmen. KluS wird nicht gestoppt, sondern erfährt einen Marschhalt, damit gezielter in die richtige Richtung weitergegangen werden kann.*



Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): *Wir haben hier ein Beispiel dafür, dass die Stadt Zürich sich speziell findet und keine Standardsoftware kaufen, sondern sie selbst entwickeln will. Ich will an den Stadtrat appellieren, Ausschreibungen für Standardsoftwares zu machen.*

Yasmine Bourgeois (FDP): *Ich kann dem nur beipflichten. Momentan gibt es unzählige Programme und Apps für Schulen, die nicht miteinander korrespondieren, was heisst, dass Daten mehrfach eingegeben werden müssen. KluS ist eines dieser Programme. Diverse Funktionen gehen nicht oder noch nicht, die Bedienung ist umständlich und nicht anwenderfreundlich. Zum Beispiel ist die Transparenz, welches Kind wann wo eingeteilt ist, wichtig – momentan muss dies auf Excel-Tabellen umständlich nachgetragen werden. Es braucht ein Programm für die ganze Schul- und Betreuungsadministration.*

S. 381	50 5000 520000 5200 00 000	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT Schul- und Sportdepartement Departementssekretariat Anschaffung Software Software	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
074.	Antrag Stadtrat		50 000		3 610 000 3 560 000	Zustimmung Enthaltung
			Begründung:	Klassen- und Schuladministrationssoftware (Klus): Nur Umsetzung der wichtigsten Verbesserungen und Massnahmen. Bevor weitere Investitionen vorgenommen werden, soll der RPK über das geplante Vorgehen und allfällige Alternativen Bericht erstattet werden.		

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK stillschweigend zu.

Antrag 075.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Lisa Diggelmann (SP): *In der Betreuung gilt die Regel, dass bei krankheitsbedingten Ausfällen ab dem vierten Tag im Stellvertretungspool Ersatz angefordert werden kann. In der Rechnungsprüfungskommission (RPK) wurde uns mitgeteilt, dass im Schul-*



jahr 2021/22 jede vierte oder fünfte Anfrage an den Stellvertretungspool nicht erfüllt werden konnte – das waren 3286 Anfragen. SP und Grüne erkannten seit längerem, dass das System nicht optimal ist, da der Ersatz erst ab dem vierten Tag möglich ist. Darum reichten Maya Kägi Götz (SP) und Dr. Balz Bürgisser (Grüne) im Jahr 2020 ein Postulat ein, das es ermöglichen soll, ab dem ersten Tag Ersatz anfordern zu können, ähnlich wie bei den Lehrpersonen. Auf Nachfrage beim Schul- und Sportdepartement (SSD), erhielten wir nur die Antwort, dass sich das Postulat aktuell in Bearbeitung befindet und über den Fortschritt keine Auskunft erteilt werden kann. Ich gehe davon aus, dass das heisst, dass das Postulat irgendwann abgeschrieben wird. Dass in vielen Fällen auch nach dem vierten Tag kein Ersatz kommt, ist erstaunlich, da ein Betreuungsschlüssel einzuhalten ist. Dass 2 Lehrpersonen für 40 Kinder verantwortlich sind, darf nicht sein. Auf die Anfrage, wie viele zusätzliche Stellen geschaffen werden müssen, um den Betreuungsschlüssel jederzeit einhalten zu können, erhielten wir keine Auskunft. Deswegen stellen wir basierend auf eigenen Annahmen die Forderung nach einer Erhöhung von 10,5 Stellenwerten im Stellvertretungspool. Ich werde beobachten, wie sich dieses Anliegen verhält und mich nötigenfalls dafür einsetzen, dass mehr Stellen gesprochen werden. Es ist unabdingbar, dass der Betreuungsschlüssel jederzeit erfüllt werden kann.

Johann Widmer (SVP): Die Tagesschule braucht viel Betreuungspersonal, das sehen wir auch. Die Kosten dafür sind hoch. Dass der Stellvertreterpool bereits jetzt vergrößert wird, unterstützen wir zu diesem Zeitpunkt noch nicht.

Weitere Wortmeldung:

Sven Sobernheim (GLP): Um zu vielen Krankheitsabwesenheiten entgegenzuwirken, sollte man auch bei milden Symptomen zu Hause bleiben.

S. 386	50 5010 3010 00 000	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT Schulamt Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
075.	Antrag Stadtrat				272 464 100 1 089 700 N	Minderheit Johann Widmer (SVP) Referent, Përparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Cathrine Pauli (FDP), Sven Sobernheim (GLP)
				869 400	274 423 200	Mehrheit Lisa Diggelmann (SP) Referentin, Präsident Florian Utz (SP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Alan David Sangines (SP)
		Begründung:	Erhöhung der Ressourcen des Stellvertretungspools Betreuung um 10 % = 10,5 Stellen. Die Stellvertretung der Betreuung soll besser möglich sein, damit der Betreuungsschlüssel möglichst jederzeit eingehalten werden kann.			



Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 53 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 076.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Walter Angst (AL): *Nach der letzten Budgetdebatte folgte eine Demonstration des Betreuungspersonals der Regelschulen, die im Rahmen eines kleinen Sparprogramms eine Kürzung hinnehmen mussten. Wir finden es sinnvoll, dass im Hinblick auf den Wechsel zu Tagesschulen die Ressourcen in den Regelschulen dort bleiben, wo sie waren. Wir wollen mit diesem Antrag den Stadtrat auffordern, die Ressourcen von 2 Millionen Franken wieder zu gewähren.*

Johann Widmer (SVP): *Um die Kürzung rückgängig zu machen, braucht es 2 Millionen Franken. Eine Minderheit will diesen Betrag für die Betreuung in den Regelschulen nicht einstellen und geht mit dem Stadtrat.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: *Die 3,4 Prozent wurden letztes Jahr als Beitrag zur Ergebnisverbesserung aus der Schulpflege (ZSP) gestrichen. Man erachtete das als vertretbar, da sich die Regelschule dem Tagesschulniveau anpassen muss. Anschliessend wurde der Betreuungsalarm ausgelöst, auch wenn nie etwas passiert ist, da es sich um eine reine Zuweisung handelte. Die ZSP hat den Passus rückgängig gemacht.*

S. 386	50 5010 3010 00 000	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT Schulamt Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
076.	Antrag Stadtrat				272 464 100 1 089 700 N	Minderheit Johann Widmer (SVP) Referent, Përparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Cathrine Pauli (FDP), Sven Sobernheim (GLP)
				2 000 000	275 553 800	Mehrheit Walter Angst (AL) Referent, Präsident Florian Utz (SP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Alan David Sangines (SP)



Begründung: Die im Jahr 2022 umgesetzte Kürzung der Betreuung Regelschule (Betreuungsalarm) soll per 1.2.2023 rückgängig gemacht werden.

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 53 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 077.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Walter Angst (AL): Der Gemeinderat erhöht die Ressourcen für Schul- und Klassenassistenzen seit 3 Jahren um jeweils 70 Stellen. Pro 6 Klassen soll eine Assistenz angestellt werden können. Im Budget wollen wir das für das Schuljahr 2023/24 fortführen und den Stadtrat auffordern, die höher klassifizierten und besser bezahlten Schulassistenten und nicht die Klassenassistenzen weiter auszubauen. Es sind Pilotprojekte im Gange, die zeigen, dass die Funktion Schulassistent sehr sinnvoll ist, da nicht nur ihr Lohn, sondern auch die Qualifikation höher ist. Wir fordern mit diesem Betrag, dass die Schulpflege den Testbetrieb weiterführt und 70 neue Schulassistentenstellen schafft.

Johann Widmer (SVP): Eine Minderheit möchte diese 2,004 Millionen Franken nicht einstellen. Der Stadtrat budgetierte richtig. Die Schulassistenzen braucht es so nicht.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): Die GLP will verhindern, dass das womöglich erfolgreiche Pilotprojekt aufgrund fehlender finanzieller Mittel frühzeitig abgebrochen werden muss und will, dass alle Schulkreise davon profitieren können. Sollte wider Erwarten das Fazit des Pilotprojekts negativ sein, sollte aber kein weiteres Geld dafür ausgegeben werden.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne): Schulassistenten stärken die Volksschule, sie verschmelzen Klassenassistenten und pädagogische Betreuungsassistenten. Sie stellen eine Win-win-Situation für alle Beteiligten dar. Die Schulpflege (ZSP) verlangt seit Jahren mehr Klassenassistenten, um die Lehrpersonen zu entlasten und die Integrationskraft der Volksschule zu stärken. Zudem fordert die Leitung Betreuung, dass die Arbeitszeiten des Betreuungspersonals zu verbessern sind, was konkret eine Erhöhung des Pensums und kompaktere Arbeitszeiten bedeutet. Diese Forderungen können mit zusätzlichen Schulassistenten erfüllt werden, da eine Fachangestellte Betreuung neben ihrer Tätigkeit im Hort eine zusätzliche Tätigkeit als Schulassistent ausüben kann. Die pädagogischen Vorteile für die Kinder sind folgende: Erstens erleben die Kinder die gleiche Ansprechperson im Unterricht wie im Hort, wodurch eine tragfähige pädagogische Beziehung auf-



gebaut werden kann. Zweitens können sich die Klassenlehrperson und Hortleitung vermehrt um die pädagogischen Bedürfnisse der Kinder kümmern, speziell um Kinder aus sozial benachteiligten Verhältnissen. Diese Kinder haben Bildungsrückstände, die die Volksschule aufholen sollte. So tragen die geforderten zusätzlichen Schulassistentenstellen zur Erhöhung der Chancengerechtigkeit an der Volksschule bei, was ein Kernanliegen der Grünen ist. Deswegen stimmen wir dem Budgetantrag zu.

Stefan Urech (SVP): Ich verstehe nicht, wieso mehr Klassen- und Schulassistenzen eingestellt werden sollen und wieso Lehrer entlastet werden müssen. Grund für die Belastung ist die totale Integration, die in der Stadt Zürich angestrebt wird: Die Durchmischung von allen Niveaustufen und die Integration der Sonderschüler. Hinter vorgehaltener Hand wissen wir alle, dass das Vorhaben gescheitert ist und nicht funktioniert. Die gesetzten Ziele können nicht erreicht werden. Es handelt sich um eine Nivellierung nach unten. Das grosse Ziel, der Stigmatisierung entgegenzuwirken, wird durch die Assistenzen nicht erreicht. Die Assistenzen kümmern sich spezifisch und direkt um die leistungsschwächeren Schüler vor den Augen der Klasse. Das empfinde ich als stärker stigmatisierend. Immer mehr Leute anzustellen, um die verschiedenen Niveaugruppen in einem Klassenzimmer zu betreuen, ist nicht sinnvoll.

Yasmine Bourgeois (FDP): Mit der Schulassistenten wurde eine neue Stelle geschaffen, die die Klassenassistenten ersetzen soll, aber mehr verdient. Das kam so, weil man es nicht schaffte, Betreuungspersonen, die die Kinder schon kennen, unkompliziert als Klassenassistenten einzusetzen. Nun geben wir viel mehr Geld für dieselbe Sache aus. Neu gibt es weniger Integrierte Sonderschüler in Verantwortung der Sonderschule (ISS) und viel mehr Integrierte Schüler in Verantwortung der Regelschule (ISR). Dafür sind die Lehrpersonen eigentlich nicht ausgebildet. Ich pflichte Stefan Urech (SVP) bei, was das integrative Schulsystem betrifft. Dass Schulassistenten die Situation besser auffangen können als Lehrpersonen, die bereits mit der Situation überfordert sind, bezweifle ich. Das System an sich ist falsch und es bringt nichts, noch mehr Stützpersonal zu fordern.

Moritz Bögli (AL): Alle Menschen, die in der Schweiz aufwachsen, haben das Anrecht auf Bildung. Wir können Kinder nicht von der ihnen zustehenden Bildung ausschliessen. Integration ist richtig und wichtig. Ich möchte darauf hinweisen, dass der Wandel von ISS zu ISR aufgrund einer Sparmassnahme des Stadtrats stattfand.

Yasmine Bourgeois (FDP): Alle Kinder haben in der Tat das Recht auf adäquate Bildung. Die Bildung, die integrierte Sonderschüler bekommen, ist für alle beteiligten Kinder nicht adäquat.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne): Es gibt Kinder, die nicht in der Regelklasse unterrichtet werden können, wofür es Sonderschulen gibt. Wenn immer möglich, sollte ein Kind mit besonderem Förderbedarf in einer Regelklasse unterrichtet werden können. Das Kind lernt durch die dadurch entstehende höhere Motivation besser. Vorteile des integrativen Unterrichtes werden durch zahlreiche Studien belegt. In allen Untersuchungen konnte kein nachteiliger Effekt auf die Mitschülerinnen und Mitschüler nachgewiesen werden. Integrative Förderung ist für Kinder eine gute Sache, weswegen sie im Kantonalen



Volksschulgesetz im Paragraf 33 verankert ist. Für Lehrpersonen ist die Integration eine Herausforderung. Zur Entlastung der Lehrpersonen und der gezielten Förderung der Kinder sollen schulische Heilpädagogen und -pädagoginnen und Klassenassistenzen eingesetzt werden. Es ist in unserer Hand, der Volksschule genügend Ressourcen zur Verfügung zu stellen, um den integrativen Unterricht zu ermöglichen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: *Es geht hier nicht um die Integration an den Schulen, sondern lediglich um die Aushilfen. Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass es im Jahr 2018 16,2 Stellen für Klassenassistenzen gab – mittlerweile sind es 178. Wir haben ausgebaut, da wir wissen, dass die Lehrpersonen stark belastet und teilweise überfordert sind. Diese 178 Stellen wurden budgetiert, doch 10 davon konnten wir noch nicht besetzen. Deswegen bringt es nichts, weitere Stellen zu schaffen. Es ist ein weiterer Ausbau auf 188 Stellen vorgesehen. Sie wollen weitere 70 Stellen schaffen, was einem Ausbau von 45 Prozent entspricht. Dieser soll aber in vernünftigen Schritten passieren. Die Schulasistenz ist nach wie vor ein Pilotprojekt, woraus das Fazit noch gezogen werden muss. Für Klassenassistenzen mit der gleichen Funktion müssen trotzdem Personen gefunden werden, die die Stellen besetzen. Insgesamt soll bis ins Jahr 2026 auf 320 Stellen ausgebaut werden. Das ist eine Frage des massvollen Ausbaus. Der Wandel von ISS zu ISR ist kantonal vorgegeben und entspricht keiner Sparmassnahme.*

Stefan Urech (SVP): *Dass die Diskussion nichts mit Integration zu tun habe, ist unsinnig. Dass Lehrpersonen seit Jahren überfordert sind, ist bekannt. Sie stehen vor einer Klasse, die sowohl mit A- als auch C- Schülern besetzt ist. Das alleine zu managen, ist überwältigend – deswegen braucht es immer mehr Personal. Da herrscht eine klare Korrelation zwischen den Integrationsbestrebungen und der Belastung. Dass integriert wird, wo möglich, ist unbestritten. Das Problem ist die angestrebte totale Integration.*

S. 386	50 5010 3010 00 000	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT Schulamt Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
077.	Antrag Stadtrat				272 464 100 1 089 700 N	Minderheit Johann Widmer (SVP) Referent, Përparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Cathrine Pauli (FDP)
				2 004 000	275 557 800	Mehrheit Walter Angst (AL) Referent, Präsident Florian Utz (SP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
			Begründung: Schaffen von 70 Stellen für Schulasistenz im Schuljahr 2023/2024 für alle Schulkreise (Jahreslohn Fr. 85 900, ab September 2023)			



35 / 35

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 39 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Beratung siehe Sitzung Nr. 31, Beschluss-Nr. 1145/2022).

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat